Entscheidung
In dem Statutenstreitverfahren
AZ: 1/2007/St.

auf Antrag der

- Antragstellerin und Berufungsführerin -

Beteiligt:

Beigetreten:

Beistand:

wegen Nichtberücksichtigung von Juso-Gastmitgliedern bei der Berechnung des
Delegiertenschlüssels für Juso-Konferenzen

hat die Bundesschiedskommission am 19. Juli 2007 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,
Werner Ballhausen, stellvertretender Vorsitzender, und
Prof. Dr. Roland Rixecker, stellvertretender Vorsitzender,

gemäß § 21 Abs. 4 Satz Schiedsordnung im schriftlichen Verfahren beschlossen:

Die Berufung des Antragstellers gegen den Beschluss der Landesschiedskommission
des SPD-Landesverbandes Brandenburg vom 02. April 2007 wird zurückgewiesen.

Gründe:

I.

Die Antragstellerin ist eine Arbeitsgemeinschaft auf Unterbezirksebene ... im Juso-Landesverband ... und verfügt nach eigenen Angaben über 153 Juso- Mitglieder. Von diesen Mitgliedern sind zugleich 49 Mitglieder in der SPD. Am 18./19.03.2006 fand in ... eine Landesdelegiertenkonferenz statt. Aus diesem Anlass übersandte der Beteiligte der Antragstellerin mit Schreiben vom 30. Januar 2006 einen korrigierten Delegiertenschlüssel. Zur Begründung teilte er mit, dass der Bundesparteitag am 16. November 2005 in K. "mit der Totalrevision der Satzung Änderungen vorgenommen habe, die unsere bisherige Praxis zur

Berechnung der Delegiertenmandate nicht mehr möglich machten. Zwar könnten Juso-Gastmitglieder weiterhin die vollen Mitgliedsrechte wahrnehmen; indes habe der Bundesparteitag dem SPD-Parteivorstand die Kompetenz übertragen (§ 10a Abs. 4 OrgStatut), Richtlinien zur Öffnung der Partei für Nichtmitglieder und Gastmitglieder zu erlassen. Davon habe der SPD-Parteivorstand Gebrauch gemacht und am 16. Januar 2006 Richtlinien beschlossen, wonach für die Berechnung der Delegiertenmandate für Juso-Konferenzen nur Parteimitgliedschaften im Juso-Alter zugrunde zu legen seien. Noch am gleichen Tage widersprach die Antragstellerin dieser Regelung. Zur Begründung führte sie an, "die neue Regelung verstoße gegen das Satzungsstatut der SPD, welches bestimme, dass Jugendliche in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten das volle Mitgliedschaftsrecht wahrnehmen könnten. Diese eindeutige Regelung könne auch nicht durch etwaige Vorstandsbeschlüsse in ihr Gegenteil verkehrt werden". Am 18./19. März 2006 fand dann unter erneutem Protest der Antragstellerin die Juso-Landesdelegiertenkonferenz in ... unter Berücksichtigung der beschlossenen Richtlinie des SPD-Parteivorstandes statt. Zugleich kündigte die Antragstellerin die Anrufung der Landesschiedskommission an.

Die Landesschiedskommission des SPD-Landesverbandes ... entschied am 02. April 2007 und wies entsprechend dem Votum des Beteiligten den Antrag ab. Zur Begründung hat sie ausgeführt, der zulässige Antrag sei unbegründet, denn die - neue - Berechnungsweise der Delegiertenmandate sei rechtmäßig und verstoße weder gegen den Grundsatz der Satzungsautonomie der Gliederungen noch gegen höherrangiges Recht. Die Entscheidung wurde nach Angaben der Geschäftsstelle der Landesschiedskommission mit einfacher Post versandt, ein Nachweis über die Zustellung konnte deshalb nicht erbracht werden.

Mit Schreiben vom 16. April 2007, bei der Bundesschiedskommission eingegangen am 19. April 2007, legte die Antragstellerin Berufung gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission ein, die sie mit Schriftsatz vom 30. April 2007, eingegangen am 02. Mai 2007, begründete. Sie macht im Wesentlichen geltend, die Landesschiedskommission habe verkannt, dass der SPD-Parteivorstand seine Richtlinienkompetenz überschritten habe, da der SPD-Bundesparteitag den Jusos ohne Parteibuch gerade die vollen Mitgliedsrechte eingeräumt habe. Deshalb sei der Ausschluss der Jusos ohne Parteibuch von der Delegiertenberechnung ein Verstoß gegen das Demokratiegebot, die innerparteiliche Partizipation und damit auch ein Verstoß gegen die in § 10a Abs. 3 Satz 1 OrgStatut eingeräumten Mitgliedsrechte. Letztendlich sei die Richtlinie nicht ordnungsgemäß bekannt

gemacht worden.

Er beantragt sinngemäß,

die Entscheidung der Landesschiedskommission des SPD- Landesverbandes vom 02. April 2007 aufzuheben und festzustellen, dass der verwendete Schlüssel für die Delegiertenberechnung rechtswidrig ist.

Der Beteiligte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er verteidigt die Entscheidung der Landesschiedskommission und verweist darauf, sich entsprechend des Organisationsstatuts und der geltenden Richtlinien verhalten zu haben. Allerdings vertritt er zugleich die Auffassung, dass die Richtlinie des SPD- Parteivorstandes vom 16. Januar 2006 gegen § 5 Abs. 1 OrgStatut verstoßen könnte, "da das Recht, sich an der politischen Willensbildung innerhalb des Verbandes zu beteiligen, empfindlich leide". Deshalb wäre der Beschluss zurückzunehmen, um den Jusos die Möglichkeit einzuräumen, diese Entscheidung in eigener Kompetenz zu treffen.

Der beigetretene ... beantragt ebenfalls,

die Berufung zurückzuweisen.

Zur Begründung führt er aus, dass seine im Streit befindliche Richtlinie vom 16. Januar 2006 weder rechtswidrig sei noch die Juso-Gastmitglieder in ihren Rechten aus § 10a Absatz 3 OrgStatut beschneide. Zudem sei die Richtlinie ordnungsgemäß bekannt gemacht worden; sie sei wie alle gefassten Beschlüsse des SPD-Parteivorstandes im Anschluss an die Sitzung an alle Leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Weiterleitung versandt und auf spd-online unter "Parteiorganisation/Statuten" eingestellt worden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des ausführlichen Verbringens der Beteiligten wird auf den gesamten Inhalt der Verfahrensakten verwiesen, die Gegenstand der

Beratung waren.

II.

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

1.

Da ein Nachweis über die Zustellung der Entscheidung der Landesschiedskommission des Landesverbandes ... vom 02. April 2007 nicht erbracht werden kann, wird zu Gunsten der Antragstellerin unterstellt, dass die Berufung fristgerecht eingelegt und begründet wurde. Das Unterlassen der Zustellung stellt nämlich einen Verstoß gegen § 21 Abs. 5 iVm § 13 Abs. 4 Schiedsordnung dar, der zur Folge hat, dass Rechtsmittelfristen nicht wirksam in Lauf gesetzt werden.

2.

Die Berufung ist jedoch nicht begründet. Die Entscheidung der Landesschiedskommission des Landesverbandes ist rechtsfehlerfrei. Auch nach Auffassung der Bundesschiedskommission ist die Entscheidung des Beteiligten, lediglich diejenigen Jusos, die auch Mitglied der SPD sind, bei der Berechnung der Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz zu berücksichtigen, nicht zu beanstanden.

Die Bundesschiedskommission kann zunächst - um unnötige Wiederholungen zu vermeiden - im Wesentlichen auf die Ausführungen der Landesschiedskommission Bezug nehmen. Dies gilt insbesondere für die zutreffende Bewertung der "Satzung" des Beteiligten als Richtlinie und die Darlegungen zur Reichweite des Grundsatzes der Satzungsautonomie.

Zunächst ist festzustellen, dass der Vorwurf des Antragstellers, die Richtlinie des SPD-Parteivorstandes sei nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden, ins Leere geht. Die Richtlinie ist nach Beschluss des SPD-Parteivorstandes unverzüglich an alle leitende Landes- und Bezirksgeschäftsführer zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Weiterleitung versandt und im Internet an geeigneter Stelle veröffentlicht worden. Dies wird den Anforderungen des § 32 OrgStatut gerecht, wonach Veröffentlichungen in einem Medium erfolgen, das die Vorstände aller Gliederungen erreicht. Durch diese Form der Bekanntmachung war es dem Beteiligten möglich, schon am 30. Januar 2006 die nach dieser Richtlinie vorgenommene Neuberechnung der Delegiertenstimmen den Juso-Unterbezirken mitzuteilen.

Die Richtlinie des SPD-Parteivorstandes vom 16. Januar 2006 verstößt weder gegen höherrangiges Verfassungsrecht noch gegen die Regelung in § 10a Abs. 3 OrgStatut, der besagt, dass die Juso-Mitglieder ohne Parteibuch die "vollen Mitgliedschaftsrechte" wahrnehmen können.

Mit der Satzungsreform hat das "oberste Organ der Partei" (§ 15 Abs. 1 OrgStatut) am 16. November 2005 das Modellprojekt "Juso-Gastmitgliedschaft" beendet und in § 10a Abs. 3 OrgStatut festgeschrieben. Zugleich wurde in § 10a Abs. 4 OrgStatut dem SPD-Parteivorstand die Kompetenz übertragen, Richtlinien zur Öffnung der Partei für Nichtmitglieder und Gastmitglieder zu erlassen. Einen Verstoß gegen das in Art. 21 Abs. 1 GG enthaltene Gebot der innerparteilichen Demokratie, wonach der Innenbereich der politischen Parteien nach demokratischen Regeln strukturiert sein muss, vermag die Bundesschiedskommission in diesem Beschluss des Bundesparteitages nicht zu erkennen.

Auch die Richtlinie des SPD-Parteivorstandes vom 16. Januar 2006 verstößt nach Auffassung der Bundesschiedskommission nicht gegen die Regelung in § 10a Abs. 3 OrgStatut, wonach die Juso-Mitglieder ohne Parteibuch die "vollen Mitgliedschaftsrechte" wahrnehmen können. Die Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft ergeben sich aus § 5 OrgStatut. Rechte eines Mitglieds sind danach die Beteiligung an der politischen Willensbildung, den Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der Statuten sowie die Ausübung des Antrags- und Stimmrechts in der Mitgliederversammlung im Ortsverein. Diese Rechte werden den Jusos ohne Parteibuch durch die Richtlinien des SPD-Parteivorstandes vom 16. Januar 2006 nicht entzogen oder beschränkt. Dort heißt es lediglich in 1.4, dass "Gastmitgliedschaften bei der Berechnung von Delegiertenschlüsseln nicht berücksichtigt werden". Mit dieser Regelung hat der SPD-Parteivorstand eine langjährige und geübte Praxis auf Juso-Bundesebene verschriftlicht und für alle Ebenen beschlossen. Aus der Sicht der Bundesschiedskommission ist die Entscheidung, die Verteilung der Delegiertenmandate nach der Anzahl der Parteimitglieder vorzunehmen, sachgerecht. Gastmitglieder bei den Jusos sind nicht zwingend als solche bei einer Mitgliederverwaltung angemeldet, so dass es für den zuständigen Juso-Landesverband nicht zweifelsfrei möglich ist, die zutreffende Anzahl der Jusos im jeweiligen Unterbezirk zu ermitteln. Deshalb galt es der Gefahr, dass Mitglieder anderer Unterbezirke durch eine missbräuchliche Verzerrung des Delegiertenschlüssels nicht in ordnungsgemäßer Anzahl repräsentiert sind, vorzubeugen und eine eindeutige und nachprüfbarere Regelung zu treffen.

Die Berufung war daher zurückzuweisen.

Hannelore Kohl